

ZukunftsBlicke

Zusammenleben gestalten-Chancen eröffnen

Das „Leitbild Integration“ der Stadt Erlangen

19.11.2008, Berlin

Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

1. Integration – Aufgabe der Zukunft

Erlangen weist – wie nahezu alle größeren Städte - eine zunehmende ethnisch-kulturelle Heterogenität der Einwohnerschaft als logische Folge der Globalisierungsprozesse auf. Das ist ein Potenzial, das sich eine moderne Stadt erschließen muss.

Die Frage des Herkommens, der Tradition spielt eine immer geringere Rolle. Dafür herrschen in einer modernen Stadtgesellschaft vielfältige Wertvorstellungen und pluralistische Lebensformen vor.

Integration ist deshalb auch nicht länger als „gesellschaftliches Randproblem von Ausländern“ zu sehen.

Die Städte sind aufgefordert, im Spannungsfeld wachsender Internationalität und Interkulturalität Rahmenbedingungen für Integration zu schaffen. So hat sich beispielweise der Deutsche Städtetag seine Jahrestagung 2007 unter das Motto „Städte schaffen Integration – Stadtpolitik in Zeiten der Globalisierung“ gestellt.

Der Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus hat die Stadtgesellschaft als wichtigsten Ort der Integration bezeichnet: „Stadtgesellschaft kennzeichnet soziale Offenheit und Einsatzbereitschaft..... Städte sind keine Grenzen, Städte sind Orte der Integration“.

Auch der Bayerische Städtetag hat als Jahresthema 2009 „Städte schaffen Integration“ gewählt. Dies ist ein Indiz dafür, dass Integration eine der wichtigsten Aufgaben ist, die Politik und Gesellschaft in den nächsten Jahren zu bewältigen haben.

In Deutschland haben 15,3 Mio. Menschen einen Migrationshintergrund, dies sind 19 % der Gesamtbevölkerung, von denen 10 % die deutsche und 9 % eine ausländische Staatsbürgerschaft haben.

Diese Zahl ist somit doppelt so hoch wie die bislang bekannten Ausländerzahlen!

2. Erlanger Daten und Fakten

Von rund **103.000** Einwohnerinnen und Einwohnern Erlangens haben rund **25.600** Personen einen Migrationshintergrund, darunter sind

- ausländische Staatsbürger (**14.000**, davon ca. **5.300** aus der EU, **8.700** Nicht-EU-Bürger aus rund **140 Ländern**)
- Aussiedler (ca. **6.200**)
- Eingebürgerte (ca. **4.900**)

- oder Kinder von ausländischen Eltern, die bis zum 18. Lebensjahr die deutsche und die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern besitzen (rund 500)

Erlangen hat bereits vor über 300 Jahren als eine von 10 deutschen Hugenottenstädten zahlreiche französische Glaubensflüchtlinge aufgenommen, und nach dem 2. Weltkrieg Tausenden von Heimatvertriebenen eine neue Heimat gegeben.

Nach 1960 erfolgte der Zuzug von „Gastarbeitern“ und deren Familien. Seit Mitte der 70er Jahre erfolgte dann eine Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen und in den 90er Jahren der Zuzug jüdischer Kontingentflüchtlinge und deutscher Spätaussiedler.

3. Wichtige Projekte der Integration

In Erlangen wurde bereits 1974 ein Ausländerbeirat gegründet. Dies war der dritte bundesweit. Im folgenden sollen einige Projekte der Stadt Erlangen dargestellt werden.

Dazu gehören die Deutsch-Offensive Erlangen, HIPPY, der Interreligiöse Dialog, das Modell Islamischer Religionsunterricht, die Einbürgerungen und jährliche Einbürgerungsfeiern sowie die Entwicklung des Leitbildes Integration.

3.1. Deutsch-Offensive

Im Jahr **2002** erfolgte der Start der „Deutsch-Offensive Erlangen – Förderung der Sprachkompetenz“ auf Vorschlag des Ausländerbeirats:

Es handelt sich dabei um ein bayernweit beachtetes Modellprojekt niederschwelliger Sprachkurse für Vorschulkinder, Kinder und Jugendliche, Frauen und gemischtgeschlechtliche Kurse sowie für Mütter mit parallel stattfindender Kinderbetreuung.

3.1.1. Ziele

Zunächst wurden geeignete Maßnahmen zur Sicherung eines flächendeckenden Angebots entwickelt und Deutschkurskonzepte erstellt, die den verschiedenen Altersgruppen und den jeweiligen Lebensumständen gerecht werden mussten. Angestrebt wurde eine stadtteilbezogene und trägerübergreifende Vernetzung aller Anbieter von Sprachkursen.

Ergänzungen der Kurse, die durch das Zuwanderungsgesetz vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeboten werden

3.1.2. Vorgehen

Die ersten Ideen wurden von einem „Runden Tisch“ entwickelt. Dazu wurden Einrichtungen, Initiativen und Vereine, die an dem Thema Sprachförderung arbeiten, eingeladen um systematisch den Bedarf zu analysieren und zu benennen. Ein Jahr später wurde dann das Konzept der "Deutsch Offensive Erlangen" entwickelt und dem Stadtrat vorgestellt.

Im Jahr 2002 stellte der Stadtrat erstmals finanzielle Mittel zur Durchführung von Deutschkursen zur Verfügung (seit 2002: jährlich 40.000,- €)

3.1.3. Zielgruppen

Im Fokus standen von Anfang an Kindergarten- und Vorschulkinder sowie Schüler/innen und Jugendliche. Darüber hinaus wurden Mütter und berufstätige Frauen mit Kindern, sowie Erwachsene, die bislang keine Chance hatten, Deutsch lesen und schreiben zu lernen, bzw. Erwachsene, die ihre Deutschkenntnisse vertiefen wollen, angesprochen.

3.1.4. Besonderheiten des Konzepts

Die Lehrinhalte werden praxisnah vermittelt und dabei individuelle Bedürfnisse berücksichtigt.

Die Angebote erfolgen bei Bedarf stadtteilnah, beispielweise im Anger, in Bruck, in Büchenbach, in der Stadtmitte, in Röthelheim, und in Frauenaurach, z.T. mit Kinderbetreuung.

Aspekte der Alltagsbewältigung und Alltagserfahrungen werden besprochen und in den Unterricht mit einbezogen.

3.1.5. Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung wird durch eine kontinuierliche Fortbildung der Lehrkräfte der Deutsch-Offensive und durch fortlaufende Bewertung und Fortschreibung des Konzepts gewährleistet. Flankierend erfolgen evaluierende Fragen im Verwendungsnachweis zur Abrechnung des Kurses.

Die Projektsteuerung obliegt der Geschäftsstelle des Ausländer- und Integrationsbeirats.

Der Freistaat Bayern hat das Projekt mit einem Zuschuss in Höhe von 5000,- € von Oktober 2002 bis März 2003 evaluiert.

3.1.6. Statistik

Den stärksten Zuspruch hat die Deutsch Offensive 2005 mit insgesamt 570 Teilnehmer/innen erreicht. Mit dem Zuwanderungsgesetz und der Verpflichtung für neu eingereiste Ausländer, Integrationskurse zu besuchen sind in der Deutsch Offensive die Erwachsenen-kurse zurückgegangen. Im Gegenzug ist die Zahl der Kurse im Kindergarten von 3 im Jahr 2002 auf 17 Kurse im Jahr 2008 gestiegen.

3.2. Dialog mit dem Islam

Im Zentrum dieser Aufgabe steht die Frage, was die Kommune für die Integration von Muslimen leisten kann?

Seit Mitte der 90er Jahren entstanden vergleichsweise enge Kontakte unter verschiedenen muslimischen und kulturellen Organisationen in Erlangen, unterstützt vom Ausländer/innenbeirat der Stadt. 1996 wurde – im Nachgang zur Rede des damaligen Bundespräsidenten Herzog, der zum interreligiösen Dialog aufrief - die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Erlangen gegründet, die sich der Lösung lokaler Probleme von Muslimen bei der Ausübung ihrer Religion widmet.

Initiator war mein Amtsvorgänger, Dr. Dietmar Hahlweg, den ich nach meiner Wahl gebeten habe, die Leitung dieser Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen.

Ziel war und ist es, den Dialog zwischen Christen und Muslimen voranzubringen, das friedliche Zusammenleben zu sichern und praktische Fragen des Zusammenlebens zu lösen. Neben Vertretern der beiden Dekanate gehören der Arbeitsgemeinschaft Vertreter der Muslime, aber auch Professoren der Universität Erlangen-Nürnberg an (beispielsweise der langjährige Prorektor Bobzin, Islamwissenschaftler und der Dekan der juristischen Fakultät, Prof. Rohe, der ebenfalls Islamwissenschaftler ist), Vertreter der Stadtpitze (in Person der 2. Bürgermeisterin) und der Verwaltung, des Ausländerbeirats und weiterer interessierter Bürger.

3.2.1. Ziele des Dialogs

Der Dialog soll dem gegenseitigen Kennenlernen dienen und der Integration der Muslime in unsere Gesellschaft. Er ist Ausdruck gegenseitigen Gebens und Nehmens.

Das Wichtigste aber ist die Wertschätzung. Nur wenn sich unsere muslimischen Bürgerinnen und Bürger wertgeschätzt fühlen, sind sie bereit sich zu öffnen, sich zu integrieren und ein Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dies haben wir in Erlangen in großem Maße vorangebracht.

3.2.2. Konkrete Maßnahmen

Die zusätzlichen Aktivitäten werden im folgenden stichpunktartig vorgestellt:

Veranstaltungen, in denen beide Religionen vorgestellt und Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutiert wurden.

Regelmäßige „Tage der offenen Moschee“ im Rahmen des interkulturellen Monats.

Der jährliche Friedensweg der Religionen, bei dem neben Christen und Muslimen auch die jüdische Gemeinde, Buddhisten und Bahai beteiligt sind.

Schaffung eines islamischen Grabfeldes auf dem Friedhof Steudach.

Glückwünsche des Oberbürgermeisters zum Ende des Fastenmonats Ramadan an alle Vereine mit muslimischen Mitgliedern.

Besuch des Oberbürgermeisters und der Fraktionen beim Iftar-Essen (Fastenbrechen-Essen während des Ramadans) in der jeweiligen gastgebenden Gemeinde.

Besuch des Oberbürgermeisters bei religiösen Feiertagen (Zuckerfest und Opferfest) mit einem Grußwort.

Öffnung der Gesprächsrunde des OBM mit den christlichen Dekanen für Muslime und Juden

3.2.3. Schritte zum Islamischen Religionsunterricht

Bereits Ende der 90er Jahre wurde in der Christlich-islamischen Arbeitsgemeinschaft zunehmend klar, dass es einen Bedarf für Muslimen gab und gibt, sich in einer Religionsgemeinschaft zusammenzuschließen, die sich schwerpunktmäßig mit der Pflege und Durchsetzung religiöser Belange und darunter auch einer Initiative zur Etablierung eines islamischen Religionsunterrichts in den örtlichen Schulen befassen sollte.

Im Jahr 1999 stellte die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen IRE, der „Dachverband“ der Erlanger Muslime, einen Antrag auf Einrichtung eines Schulversuchs zum islamischen Religionsunterricht an Erlanger Schulen mit hohem muslimischem Schüleranteil.

Die Idee eines solchen Schulversuchs fand einhellige Unterstützung über die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen hinweg.

Als günstig erwies sich die Möglichkeit, einen solchen Schulversuch zugleich wissenschaftlich zu begleiten. Hierzu gründeten Professoren verschiedener Fakultäten ein Interdisziplinäres Zentrum für Islamische Religionskunde an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, das den organisatorischen Rahmen für die geplante Kooperation abgeben soll. Dieses Zentrum pflegt engen Kontakt zu den örtlichen Muslimen. Im universitären Rahmen wurde parallel zum Antrag auf Einrichtung eines Schulversuchs erste Schritte unternommen, um eine künftige Ausbildung islamischer Religionslehrer zu konzipieren. Dies erfolgte wiederum in enger Kooperation mit den örtlichen Muslimen.

In der Folge beschloss der Bayerische Landtag im Jahr 2002 in einer von allen Fraktionen getragenen Entschließung (vgl. Bayerischer Landtag Drucksache 14/4603 v. 26.10.2000), dass bei Vorliegen der Voraussetzungen Schulversuche im islamischen Religionsunterricht eingerichtet werden sollten, wobei die Städte Erlangen und München als mögliche Standorte explizit benannt wurden.

Das bayerische Kultusministerium initiierte entsprechend der genannten Entschließung einen „Runden Tisch“, zu dem alle bekannten überörtlichen muslimischen Organisationen und auch Vertreter der IRE eingeladen wurden. Da die IRE nicht über theologisch und religionspädagogisch gebildetes Fachpersonal, das Lehrpläne in eigenständiger Verantwortung ausarbeiten könnte, verfügt, hat sie von vornherein um entsprechende Unterstützung seitens des Kultusministeriums gebeten. Im Ministerium wird auch geprüft, ob rechtliche Bedenken gegen Teile des vorgeschlagenen Curriculums bestehen. Dieses Anliegen wurde von Muslimen selbst vorgetragen, um in enger Kooperation ein Modell zu entwickeln, das zugleich den Muslimen die Definitionshoheit über ihre Glaubenssätze belässt aber auch die Sicherheitsbedürfnisse des Staates gewährleistet.

Der Unterricht konnte im Schuljahr 2003/2004 an einer Erlanger Schule begonnen werden und verläuft mittlerweile erfolgreich an 1 Grundschule (von 15), (Klassen 1- 4) und in der 5. Klasse einer Hauptschule (von 4).

Die Universität Erlangen-Nürnberg hat zum im Jahr 2006 Hr. Prof. Harun Behr den Lehrauftrag für islamische Religionslehre erteilt und damit die Voraussetzung geschaffen, in Bayern Lehrer auszubilden.

Langfristiges Ziel kann aus unseres Sicht jedoch nur sein, dass in Europa, Deutschland, Bayern entwickelte Inhalte eines „Euro-Islams“ für alle Muslime (nicht nur für türkische) in deutscher Sprache von in Bayern ausgebildeten islamischen Religionslehrern vermittelt werden.

Dazu hat Erlangen mit der IRE erste, und wie ich hoffe, richtige Schritte eingeleitet.

3.2.4. Fazit

Der Dialog der vor 12 Jahren begonnen hat, zeigt sich als die einzig richtige Möglichkeit, Muslime zu integrieren, in dem man ihnen die notwendige Offenheit und Achtung entgegenbringt.

Die Muslime, die sich akzeptiert und ernst genommen fühlen, finden ihren Weg in die Mehrheitsgesellschaft, verstehen sich als „Erlangerinnen und Erlanger“ und werden sich dann auch zur deutschen Staatsbürgerschaft entschließen.

Ich bin davon überzeugt, dass der christlich-islamische Dialog kein leichter Weg ist, aber der einzige den wir haben.

3.3. Projekt Leitbild Integration

Im Jahr 2005 erteilte der Erlanger Stadtrat den Projektauftrag „Leitbild Integration“. Dabei ging es darum, ein gesamtstädtisches Leitbild für Integrationspolitik zu entwickeln und die kommunale Migrations- und Integrationspolitik neu zu konzipieren.

Mit dem Leitbild und dem Integrationskonzept soll die Vielzahl von Handlungsfeldern der Integrationsarbeit in Erlangen benannt und Beispiele für konkrete Handlungsansätze aufgezeigt werden.

3.3.1. Zeitplan

Zwischen Dezember 2005 und Januar 2006 erfolgte die Einladung zu einem Kick-Off-Workshop mit allen Beteiligten mit einer externen Moderatorin zur Bildung der interdisziplinären Arbeitsgruppen.

Von Januar 2006 bis Januar 2007 tagten die Arbeitsgruppen. Während dieser Zeit erfolgte eine regelmäßige Information der Fraktionen und des Lenkungskreises sowie ein Zwischenbericht an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss im Juli 2006.

3.3.2. Projektschritte

Zunächst galt es die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu einem Vorschlag für die Leitlinien und den Gesamt-Maßnahmenkatalog von Februar 2007 bis April 2007 zusammen zu tragen.

Es erfolgte dann im Mai 2007 die Vorlage der Leitlinien und des Gesamtmaßnahmenkatalogs an den Oberbürgermeister und die Fraktionen.

Der Lenkungskreis wählte danach die geeigneten Maßnahmen für die Umsetzung 2008 aus und bat um Stellungnahmen der Referate zu den Maßnahmen 2008.

Die Begutachtung und Verabschiedung der Leitlinien erfolgte dann im Sommer 2007 im Stadtrat. Die Maßnahmen wurden in die Haushaltsberatungen vertagt.

3.3.3. Methodisches Vorgehen

Für den Diskussionsprozess wurde die Methode des Strategischen Managements der KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) gewählt:

Was wollen wir für wen erreichen? *Ergebnisse u. Wirkungen*

Was müssen wir dafür tun? *Maßnahmen, Produkte*

Wie müssen wir es tun? *Methoden, Strategien, Schnittstellen, Zeitplan*

Welche Ressourcen brauchen wir dazu? *Personen, Finanzen, Informationen*

3.3.4. Beteiligte Partner

Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen werden in einem kommunikativen Prozess erarbeitet, an dem alle integrationspolitisch relevanten Kräfte der Stadtgesellschaft Erlangen beteiligt werden.

Insgesamt sind an dem Projekt rund **80** Personen beteiligt (Stadtrat, Stadtverwaltung, Ausländerbeirat, FAU, Parteien, Kirchen, GEWOBAU, Polizei, Schulen, Vereine, Organisationen, Ehrenamtliche)

3.3.5. Arbeit in den Gruppen

Die Paten der AG (Moderatoren) haben folgende Aufgaben:

Sind Ansprechpartner/in für die Projektverantwortlichen und die Arbeitsgruppenmitglieder

Kümmern sich um den Fortgang der Arbeitsgruppe

Sorgen für eine Dokumentation der Arbeitsgruppenergebnisse

Vernetzen sich regelmäßig mit den anderen Paten zur inhaltlichen Abstimmung

3.3.6. Ergebnis der Leitbildformulierung

1. Die Integration ist für die Stadt Erlangen eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft prägt das Selbstverständnis unserer Stadt.
2. Integration wird als Querschnittsaufgabe verstanden, die alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. Für alle Referate und Dienststellen der Stadt sowie die städtischen Unternehmen ist das Leitbild Grundlage ihrer Arbeit.
3. Dabei ist aktive Öffentlichkeitsarbeit wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik.
4. Die Stadt Erlangen strebt in ihrer Verwaltung und in den städtischen Unternehmen eine verstärkte Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund an, um so als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz sind bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Schlüsselqualifikationen anzusehen.
5. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Stadt Erlangen Verbände, Vereine und Initiativen bei integrativen und interkulturellen Maßnahmen und Aktivitäten.
6. Integration orientiert sich an der Lebenslage der Menschen und nicht an ethnischen Merkmalen oder der Staatsangehörigkeit. Der wechselseitige Prozess der Integration bezieht alle Menschen mit Migrationshintergrund ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Erlangen haben – unabhängig wie lange sie bereits hier leben.
7. Die in Erlangen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund können gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben. Die Stadt Erlangen sieht sich in ihren Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Öffnung verpflichtet. Die bestehenden Angebote werden dazu, wo nötig, zielgruppengerecht verändert und ergänzt.
8. Die Stadt Erlangen bezieht möglichst viele gesellschaftliche Gruppen aktiv in den Integrationsprozess ein und fördert deren Vernetzung. Dabei wird auch bürgerschaftliches Engagement im Bereich integrativer Maßnahmen gefördert.
9. Die Stadt Erlangen sieht sich als Moderatorin, wenn das Zusammenleben Probleme und Konflikte mit interkulturellen Ursachen oder Folgen schafft.
10. Jeglichen Formen von Rassismus und Diskriminierung tritt die Stadt Erlangen mit Entschiedenheit entgegen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und individuellen Rechte garantiert sie allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Identität.
11. Die Stadt Erlangen setzt sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände gegenüber Land und Bund für die nachhaltige politische und soziale Teilhabe aller Menschen mit Migrationshintergrund ein.

3.3.7. Umsetzung des Leitbildes ab 2008

Nach dem Beschluss des Stadtrats im Juli 2007, der das Leitbild einstimmig akzeptierte, wurde das Leitbild Integration ab 2008 in den Referaten, Ämtern und Tochtergesellschaften der Stadt Erlangen umgesetzt.

Die Umsetzung erfolgte in vier Schritten:

In einem ersten Schritt erfolgte die Vorstellung des Leitbilds in den Referaten, Ämtern und Tochtergesellschaften durch die Koordinationsstelle Integration.

In einem zweiten Schritt wurden die für 2008 ausgewählten Maßnahmen in den Fachausschüssen und im Aufsichtsrat der GEWOBAU behandelt. Die Ämter zeigen auf, welche Maßnahmen wann und wie umgesetzt werden und welche Finanzmittel dafür erforderlich sind.

In einem dritten Schritt erfolgte die Vernetzung durch die jeweiligen Referate und Ämter mit den im Maßnahmenkatalog genannten Kooperationspartnern.

Schließlich begleitet in einem vierten Schritt die Koordinationsstelle die Umsetzung der Maßnahmen in den Ämtern und baut mit dem Amt für Statistik ein Monitoring- und Berichtssystem auf.

3.3.8. Koordinationsstelle für Integration

Die Koordinationsstelle für Integration leitet die städtische Integrationsarbeit und begleitet die Umsetzung durch die Dienststellen. Als referatsübergreifende Stelle koordiniert sie die Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung und stimmt diese auch mit den Aktivitäten der externen Akteure ab.

3.3.9. Lenkungskreis Integration

Dem Lenkungskreis Integration gehören die Bürgermeisterin, die Fraktionsvorsitzenden und integrationspolitischen Sprecher der Fraktionen/der Ausschussgemeinschaft, der/die Vorsitzende und ein/e Vertreter/in des Ausländer- und Integrationsbeirats der Stadt Erlangen, die Koordinationsstelle für Integration an.

Der Lenkungskreis hat die grundsätzliche Ausrichtung der Integrationspolitik der Stadt Erlangen im Rahmen des Leitbildes Integration (z.B. Integration als Querschnittsaufgabe) zu organisieren.

Er hat weiterhin die Aufgaben die politischen Entscheidungen der städtischen Integrationspolitik (z.B. Konzept für die Integrationskonferenz, Monitoring) vorzubereiten und dem Stadtrat jährliche Ziele der Integrationspolitik zu empfehlen und deren Umsetzung zu überprüfen.

3.3.10. Integrationsverantwortliche

Die Referate und beteiligten Ämter sowie der Tochtergesellschaften GEWOBAU, ESTW und GGFA bestimmen eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter als Integrationsverantwortliche.

(bislang: 11 benannt)

Ihre Aufgabe ist es, im jeweiligen Bereich als Ansprechpartner/in für die Koordinationsstelle fungieren, mit dieser eng zusammenzuarbeiten und die Umsetzung der Maßnahmen in den Dienststellen in Abstimmung mit der Koordinationsstelle zu dokumentieren.

Nach Bedarf kann die Koordinationsstelle die Integrationsverantwortlichen zu Sitzungen einladen.

3.3.11. Integrationsmonitoring

Die Aufgabe besteht darin die Entwicklung der Integration in Erlangen zu beobachten und Handlungsbedarfe kenntlich zu machen. Außerdem müssen Integrationsziele festgelegt und priorisiert werden.

Es ist geplant, die Zahlen jährlich zu erheben. Ein Problem besteht aktuell darin, dass verschiedene Quellen vorhanden sind. Die Erhebungen erfolgen zum Teil nach „Menschen mit Migrationshintergrund, z.T. nach Staatsangehörigkeit Deutsche/Ausländer.

3.3.12. Integrationskonferenz

Die Integrationskonferenz ist ein offenes, impulsgebendes Gremium, das die gesamtstädtische Umsetzung des Leitbildes unterstützen soll.

Es dient zur Sammlung von Projektideen und zur Gewinnung weiterer Akteure zur Mitarbeit und Unterstützung.

Durch die jährliche Integrationskonferenz wird die Beteiligung aller externen Akteure und vor allem der Migrantenselbstorganisationen (MSO) und des Ausländer- und Integrationsbeirats an der integrationspolitischen Diskussion sichergestellt.

Die Organisation erfolgt durch die Koordinationsstelle.

4. Herausforderung in der Zukunft

Die Einsicht, dass die gesellschaftliche Vielfalt etwas Wertvolles ist und dass es für die Gesellschaft sinnvoll, ja sogar erforderlich ist, ihre Potentiale zu nutzen, setzt sich in Deutschland und den meisten europäischen Ländern nur langsam durch.

Durch die Initiierung des "Europäischen Jahrs der Chancengleichheit für alle," 2007 hat die EU-Kommission deshalb Debatten darüber angestoßen, "was Vielfalt im heutigen Europa bedeutet und wie Unterschiede in der Gesellschaft als Bereicherung erfahren werden können".

Das Konzept *Diversity Management* gibt Antworten auf die Frage, wie Städte, Organisationen und Unternehmen die gesellschaftliche Vielfalt sowie die vielfältigen Talente und Fähigkeiten ihrer Bevölkerungen/Belegschaften wertschätzen und besser für ihre Ziele nutzen können.

Die demografische Entwicklung verstärkt dies zusätzlich: "Der Rückgang der Bevölkerung vollzieht sich ausschließlich bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund" Zukünftig wird der Anteil derer an der deutschen Gesamtbevölkerung, die einen Migrationshintergrund aufweisen also weiter zunehmen.

Von dieser Veränderung in der Sozialstruktur werden selbstverständlich alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen sein: Schulen, Universitäten, Parteien und Verbände sowie Unternehmen.

Die Zusammensetzung ihrer Mitglieder wird sich weiter ausdifferenzieren, sie wird vielfältiger werden. Neben dem Zuwachs von Menschen mit Migrationserfahrung finden weitere Entwicklungen statt, die Organisationen heute und in Zukunft mit einer heterogeneren Zusammensetzung ihrer Mitglieder konfrontiert und konfrontieren wird.

Die zentrale Frage wird sein: „Was muss in unseren Städten getan werden, damit in einer durch Migration stark veränderten Stadt die Verwaltung und die lokale Politik selbst den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Bürgerschaft weiterhin entsprechen?“